

Vorwort

Europa steht vor existenziellen Herausforderungen. Seit geraumer Zeit dominieren Krisenberichte die Oberfläche europapolitischer Berichterstattung – von den Turbulenzen der gemeinsamen Währung, über den fehlenden politischen Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion, bis hin zu den Zweifeln an der Wirksamkeit europäischer Außenpolitik. Und immer wieder wird die Frage nach der Handlungsfähigkeit Europas aufgeworfen, nach dessen Identität, demokratischer Legitimation und parlamentarischem Unterbau.

Erschüttert wurde die Glaubwürdigkeit von Tragfähigkeit und Zusammenhalt der europäischen Konstruktion durch die andauernde Wirtschafts- und Finanzkrise und die damit verbundenen Schwierigkeiten mehrerer Euro-Mitgliedstaaten. Es ist heute fraglich, ob die Identität Europas stark genug ausgeprägt ist, um diese Krise in gegenseitiger Solidarität zu bewältigen. Schließlich ist Europa der einzige Raum, in dem eine Währung auf einen politischen Gestaltungsrahmen im Sinne einer europäischen Wirtschaftsregierung verzichten muss. Und angesichts weiterer Trends der politischen Globalisierung – wie sie auch bei den Reaktionen auf den Reaktorunfall von Fukushima erkennbar wurden – gilt es nicht nur die Leistungsfähigkeit der Europäischen Union zu diskutieren, sondern auch die Zukunft der europäischen Staaten insgesamt einzubeziehen. Stehen hinter der Schimäre Eurokrise faktisch die nationalen Schuldenprobleme einzelner Mitgliedstaaten oder fehlt es tatsächlich an einer politischen Union wie den Vereinigten Staaten von Europa, deren Idee heute wieder verstärkt diskutiert wird?

Zentrale Themen des Jahrbuchs bilden die mit der Finanzkrise aufgeworfenen Fragen und das Ringen um europäische Antworten. Die Debatte um eine „europäische Wirtschaftsregierung“ bilanziert Henrik Enderlein für uns.

Das *Kapitel zu den Institutionen der EU* durchleuchtet die institutionelle Architektur der Europäischen Union. Den Verschiebungen in der institutionellen Balance nach den Reformen des Vertrags von Lissabon widmet sich in diesem Jahr einleitend ein eigener Beitrag. Doch die mit dem Vertrag von Lissabon geschaffenen Innovationen sind in allen Beiträgen präsent: etwa durch die Aufwertung des Europäischen Parlaments und der Einflussmöglichkeiten nationaler Parlamente, in Gestalt des Amtes eines hauptamtlichen Präsidenten des Europäischen Rats, der Position der Hohen Vertreterin der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik, des Europäischen Auswärtigen Dienstes und des Bürgerbegehrens.

Die einzelnen Beiträge des *Kapitels zur Innenpolitik* der Europäischen Union bieten Detailanalysen der Entwicklungen in einzelnen EU-Politikbereichen. Sei es bei der Umsetzung der Strategie Europa 2020 oder der Konkretisierung des neuen Mehrjährigen Finanzrahmens (2014-2020) – die Auswirkungen der Finanzkrise betreffen beinahe jeden Bereich europäischen Regierens von der Agrarpolitik bis zur Wirtschaftspolitik

Im *Kapitel zur Außenpolitik der Europäischen Union* zeigt sich insbesondere angesichts des arabischer Frühlings und bei den Interventionen in Libyen, dass auch die mit den Vertragsreformen von Lissabon neu geschaffenen Strukturen an ihre Grenzen stoßen. Die Gründung des Europäischen Auswärtigen Dienstes ändert dabei wenig an den bestehenden Vorbehalten der 27 Mitgliedstaaten gegenüber einer engeren Zusammenarbeit. Gleichzeitig zeigt sich in allen Beiträgen zu den EU-Beziehungen zu Afrika, Asien,

Lateinamerika, dem Nahen Osten und gegenüber den USA und Russland das Bemühen um ein gemeinsames, spezifisch europäisches Profil gegenüber anderen Weltregionen.

Die Notwendigkeit, den Erwartungen und Bedürfnissen der Bürger gerecht zu werden, offenbart sich im *Kapitel zur politischen Infrastruktur*. Die mit dem Vertrag von Lissabon aufgewerteten Mitgestaltungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente werden ebenso analysiert wie etwa das Zusammenspiel der Europäischen Union mit den Städten und Gemeinden, dem sich ein neu aufgenommenener Beitrag zu den Kommunen widmet.

Unsere Autorinnen und Autoren berichten im *Kapitel zur Europapolitik in den Mitgliedstaaten* über die Europapolitik sowie innen- und außenpolitischen Entwicklungen in den 27 EU-Ländern und reflektieren die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber der Europäischen Union. Es ist illusionär, bei Strategiedebatten nur die EU-Ebene zu betrachten und dabei die Krisenlage der Mitgliedstaaten auszublenden. Schließlich sind die meisten Grundsatzprobleme staatlichen Handelns nicht durch die EU verursacht. Alle Mitgliedstaaten sind von der Schuldenproblematik einzelner EU-Staaten – es begann in Griechenland, dann fiel der Blick auf Irland, Portugal und Italien – betroffen und haben jeweils unterschiedliche Haltungen zu einer gemeinsamen europäischen Reaktion. Dies zeigt exemplarisch die slowakische Debatte, in der ein erstes Nein des Parlaments zur geplante Ausweitung des Euro-Rettungsschirms diesen sogar kurzfristig stoppte.

Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union sowie die Entwicklungen in den Beitrittskandidaten werden im *Kapitel zur Erweiterung der Europäischen Union* thematisiert. Das Kapitel umfasst mit Montenegro, das am 17. Dezember 2010 offiziell den Kandidatenstatus erhielt, einen weiteren Staat, der in die Europäische Union strebt. Weitere Beitrittskandidaten werden folgen, allen voran künftig wahrscheinlich auch Serbien.

Das *Kapitel zur EU und anderen Organisationen* informiert über das koordinierte Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten in den Vereinten Nationen, die Kooperationsformen von EU und NATO sowie über die Arbeit des Europarates.

Eine umfangreiche Bibliographie, die in diesem Jahr von David Schäfer zusammengestellt wurde, rundet den Band ab.

In diesem Jahr erscheint das Jahrbuch der Europäischen Integration zum 31. Mal. Es ist uns daher eine besondere Freude, auf den Internetauftritt des Jahrbuchs der Europäischen Integration unter „www.Wissen-Europa.de“ hinzuweisen. Durch die digitale Aufbereitung der Jahrbücher seit ihrem ersten Erscheinen 1980 stehen dort einem breiten Publikum drei Jahrzehnte europäischer Zeitgeschichte online zur Verfügung. Das Jahrbuch der Europäischen Integration ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik, das in Kooperation mit dem Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München und dem Jean Monnet Lehrstuhl für Politische Wissenschaft an der Universität zu Köln verwirklicht wird. Ohne die großzügige Förderung des Projekts durch das Auswärtige Amt war und ist das Jahrbuch nicht realisierbar. Unser besonderer Dank gilt insbesondere den Autorinnen und Autoren, die das Jahrbuch über so viele Bände begleitet haben und deren großes Expertenwissen die solide Grundlage und das unverkennbare Profil des Jahrbuchs bildet. Isabelle Tannous danken wir herzlich, ohne ihre sachkundige Redaktion wäre die Realisierung dieses Projekts nicht möglich.

Werner Weidenfeld

Wolfgang Wessels